

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 500 Mark für einen Monat ohne die Post
gebührt für Zustellung: Es ist nur Postbezug zulässig

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
Das einzelne Exemplar kostet 25 Mark, Porto extra

67. Jahrgang

Leipzig, den 25. April 1923

Nummer 43

Die Beiträge und Unterstüzungen

erfahren im Monat Mai keine Veränderung.

Der Verbandsvorstand

Schlaglichter

auf die verkehrte Preispolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins

Nur um solche kann es sich hier handeln. Eine gründliche Ausschöpfung dieses Themas ist im Rahmen eines einzigen Artikels gar nicht denkbar. Gefällig aber, wie wir nun einmal sind, werden wir dazu bereit sein, wenn die andre Seite es wünscht oder nicht bald die einsichtigen Leute aufkommen läßt.

Wohin soll das führen? Also tönt es aus der „Zeitschrift“ vom 13. April in allen Variationen, klagend und anklagend. Diese Schicksalsfrage haben auch wir schon oft stöhnend ausgerufen, wenn die Preispolitik des DBV. uns immer uferloser werdend erscheinen mußte. Die von dem Prinzipalsorgan behaupteten „uferlosen Lohnforderungen“ der Gehilfen konnten uns daneben nur wie eine Gegenüberstellung von einem hohen Trabersperde zum kleinen Dackel antun.

Wie mit dem Frankfurter Artikelschreiber im Gutenbergbundorgan versucht aber auch in bezug auf den Preistarif die „Zeitschrift“ einen die Tatsachen umbiegenden Trick. Sie möchte nämlich die Gehilfenvertretung zum Kronzeugen für die Richtigkeit der Preispolitik im deutschen Buchdruckgewerbe machen. Das ist ebenfalls Moselei! In der „Buchdruckerwoche“ vom 4. April hat ein M. Sch. zeichnender Berliner Prinzipal diesen Abwehrtrick auch schon gebraucht. Darauf ist ihm in der nächsten Nummer von einem kundigen Thebaner auf Gehilfenseite jedoch gut geantwortet worden. Wir können erweiternd und ohne Tatsachenverdrehung sagen, daß die Leitung der Gehilfenschaft eigentlich schon im Jahre 1906 den vorgelegten, fertigen Druckpreistarif begutachtend gutgeheißen hat. Als ständige Bekämpfer der Lehrlingszucht und der Schmuckkonkurrenz mußte sie im Gehilfeninteresse alle geeigneten Maßnahmen billigen, die diesen Übeln entgegenwirken und auch so die Lage der Gehilfenschaft bessern sollten. Die Basis des Druckpreistarifs war damals auch annehmbar, erst die neuzeitlichen Zuschlagsmethoden haben ihn ungenießbar gemacht, wennleich die mit ihm verfolgten Tendenzen jetzt noch anzuerkennen sind. Eine Schiebung von Prinzipalsseite nach der Tarifrevision von 1911, die sich gegen eine bestimmte Heranziehung von Gehilfenvertretern in Preisbesprechungen richtete, obwohl darüber schon eine Regelung stattgefunden hatte, ließ bereits erkennen, daß man keineswegs der Gehilfenschaft ein Mitbestimmungsrecht einräumen wollte, wie es jetzt die „Zeitschrift“ als lange Zeit bestehend erscheinen lassen möchte. Die Angelegenheit des bei den großen Tarifverhandlungen Ende 1920 errichteten paritätischen Sachausschusses zeugt ebenfalls gegen das Prinzipalsorgan. Dieser Ausschuss war berufen, förmliche Wunder höherer Gewerbepolitik auszulösen, wie der 1906 von der Prinzipalität geforderte Organisationsvertrag auch. Innerhalb der maßgebenden Prinzipalskreise drang aber nachdem eine Richtung durch, die von einer solchen Mitwirkung gar nichts wissen wollte. Der Sachausschuss wurde also durch prinzipalsseitige Sabotage zur Untätigkeit verurteilt. Wäre von Gehilfenseite nicht mehrfach Lärm darüber geschlagen worden, könnte es bis heute so geblieben sein. So aber kam es im Februar 1922 zu einer einzigen Sitzung des Sachausschusses in Leipzig. Diese hat sich tagelang nur mit der vorgelegten Umarbeitung des Druckpreistarifs beschäftigen können, für andre gewerbliche Fragen (unter Ausschluß von Lohntarifangelegenheiten) war auf Prinzipalsseite kein Interesse und keine Zeit vorhanden. Die lange Tagung des Sachausschusses bei nur einem Beratungsgegenstande ist doch aber nur so zu erklären, daß von den Gehilfenvertretern und -experten Einwände genug erhoben worden sind gegen die Preisansetzungen und Berechnungsmethoden der andern Seite. Die schließliche Zustimmung wäre jedoch von Gehilfenseite nicht gegeben worden, wenn die bei den Druckpreiserhöhungen bald danach stärker angewandten Maximen hätten vorausgesehen werden können.

Die „Zeitschrift“ glaubt jedoch in ihrem so verunglückten Marmartikel der Gehilfenvertretung, in erster Linie aber dem „Korr.“ wegen untrer Gegenüberstellung der Druckpreis- zur Lohnsteigerung in Nr. 38, bedeuten zu müssen, daß angesichts der großen Materialverteuerung eine bestimmte Verhältniszahl für die Druckpreiserhöhungen angenommen werden mußte und sagt dann:

Diese Verhältniszahl ist stets auf Grund sorgfältiger Berechnungen und Erwägungen bestimmt worden und bis zum Schlusse des vergangenen Jahres noch dazu gemeinschaftlich mit den Gehilfenvertretern. Das alles weiß der „Korrespondent“, aber was schert ihn die Wahrheit, wenn es gilt, der Masse zu schmeicheln und der Prinzipalität eins auszuwichen. Der „Korrespondent“ weiß auch, daß in den Lohnverhandlungen bei jeder passenden oder nicht passenden Gelegenheit von den Gehilfenvertretern erklärt wird: „Klagt Euch doch Eure Druckläden besser bezahlen, dann können auch bessere Löhne bewilligt werden.“

Nach der „Zeitschrift“ soll unser Gebaren auch in dieser Richtung demagogisch sein. Wir geben die demagogische Handlungsweise glatt zurück, indem wir ihr und M. Sch. tatsachengemäß erklären: Die Gehilfenvertretung hat während des Krieges, als die Luercungszulagen gar zu spärlich flossen, der Prinzipalsvertretung allerdings derartiges bei den Verhandlungen gesagt, weil diese damals etwas zu zimperlich mit Preiserhöhungen tat. Wir wissen noch gut, wie draßlich der Schneider, der Schuster und der Kuhmeyer ausgespielt wurden von unsern Rednern, weil selbst so kleine Geschäftsleute besser mit der Zeit gingen in ihren Preisen. Unser Prinzipale bekamen aber, als das große Verdienen wie eine Seuche um sich griff, einen zu guten Appetit beim Essen. Es wurde also still mit solchen Aufmunterungen von Gehilfenseite.

In den letzten Jahren hat sich das Blatt ganz gänzlich gewendet. Da kamen bei den Verhandlungen immer mehr und immer schärfere Einwendungen gegen die Höhe der Preisaufschläge und auch deswegen, weil diese Angelegenheit stets erst zwischen Tür und Angel von der Prinzipalität vorgebracht wurde. Es war manchmal so, daß, um mit der „Zeitschrift“ andersherum zu reden, der Gehilfenschaft einfach die Pistole auf die Brust gesetzt wurde. Die sich in Erzeßen ergebende Preispolitik der Papierfabrikanten und die der Verleger mit ihrer springenden Schlüsselzahl schufen zusammen damit für die Gehilfenschaft eine Lage, daß man bestorger fragen mußte: Wohin soll das noch führen? Die von der „Zeitschrift“ ausgespielten Trümpfe sind also ein nur demagogischer Trick, nicht viel anders als der mit dem Bündler in Frankfurt a. M. verfuhrte.

Der „Korr.“ selbst hat bei passender Gelegenheit Bedenken genug geäußert gegen die hauptsächlichsten Berechnungsmethode; der Wiederbeschaffungspreis, für den M. Sch. in der „Zeitschrift“ vom 17. April wiederum eine Lanze bricht, hat uns von vornherein zum Gegner gehabt. Wohl vertraten wir eine Zeitlang den Standpunkt, es sollte überall die Arbeiterschaft versuchen, bei der Preisfestsetzung mitzusprechen, damit so der Übersteuerung gewehrt werden könne. Als wir aber die „Erfolge“ dabei im eignen Gewerbe sahen, als wir merkten, daß man die Gehilfenvertretung als Vorspann für eine nicht mehr gesunde Preispolitik benutzen wollte, da wurde, um wieder mit der „Zeitschrift“ zu reden, bei uns die Lust erstickt, mit den Prinzipalen noch durchzuhalten. Es ist ja auch ein offenes Geheimnis, daß der Übergang zum Organisationsstarif mitbetrieben wurde, um selbst den Rest von einem Mitbestimmungsrecht in Preistariffragen der Gehilfenschaft zu nehmen. Nun man auch das erreicht hat, möchte man die Gehilfenvertretung gar noch zur Verantwortung heranziehen, dieweil der Karren gründlich verfahren ist und es auf dem Preisgebiete an allen Ecken und Enden sinkt.

Die Schmuckkonkurrenz ist von jeher im Buchdruckgewerbe eine üble Blüte gewesen. Unter dem neuen Kurs des DBV, welcher in Niedrighaltung der Löhne und Hochtreiben der Preise seinen Befähigungsnachweis erbringen möchte und große Arbeitslosigkeit nur als christliches Strafgericht für die angeblich auf Gehilfenseite liegende „verkehrte Lohnpolitik“ betrachtet, ist aber die Preisfleuberei schon uferlos geworden. Da in der „Zeitschrift“ erst vor einiger Zeit Vorhaltungen erhoben wurden, daß der „Korr.“ immer von neuem an der Preispolitik des DBV. herumkritisiere, soll man doch nicht sagen, wir kämen erst jetzt, nachdem die Gehilfenvertretung nicht mehr so seggen hat in vieler Beziehung, mit unsern Einwänden. Demagogisch, wie das Prin-

zipsorgan die ganze Sache aufzieht, wäre aber auch das nicht unmöglich. Wenn man eben nicht verstehen will, daß der Start mit dem Lohnabbau einen Vorstoß zum Preisabbau zur Folge haben muß, obwohl die Gehilfenschaft für leben und leben lassen ist, dann kann dieser Begriffsstabilität und dem Standpunkte „Ja, Bauer, das ist etwas andres!“ ja abgeholfen werden.

Wie wir dem eignen Anhang, von dem die „Zeitschrift“ jetzt so verächtlich spricht, obwohl aus berufenerem Munde der Gehilfenschaft offiziell schon Anerkennung gesollt wurde, daß sie keine Konjunkturpolitik getrieben habe, als Gehilfenmangel herrschte, die Medizin der Wahrheit nicht vorenthalten, so müssen wir jetzt der andern Seite gegenüber ebenso verfahren. Wenn der bekannte M. Sch. in der „Zeitschrift“ (Nr. 31) fragt, wo denn Gründe vorhanden wären, die „einen Preisabbau zur Zeit rechtfertigen“, und er an Hand der Steuer Vorschriften weiter die Frage aufwirft, ob die Tarifpreise den jetzigen Verhältnissen entsprechen und er dabei quasi zu einer Verneinung kommt, weil die Preisstariffrage die notwendigen Rücklagen zur Erneuerung der Betriebseinrichtungen nicht gewährleisten, so ist das stark. Sicher ist doch: kein Schornstein raucht ohne Profit. Nicht gut sind allerdings diejenigen, meistens kleineren Prinzipale daran, die mit ihren Druckereien nicht auf größere Aufträge zugeschnitten sind. Von ihnen ist zu sagen, daß sie nicht selten fast nur noch vegetieren. Wie uns in voriger Woche ein solcher Prinzipal persönlich versicherte, sind aber nicht die Löhne schuld daran. In unserm Gewerbe mit seinen starken Betriebsverschiedenheiten liegen eben immer die Verhältnisse ganz verschieden. Wenn z. B. M. Sch. in der „Zeitschrift“ recht klagt — für seine Firma wohl unzutreffend —, daß die Tarifpreise eine wirkliche Erneuerung der Einrichtungen nicht gestatten, so haben tatsächlich doch viele Druckereien in den letzten Jahren Außerordentliches in Anschaffungen geleistet.

Daß es unter all diesen Umständen und durch das Zusammenwirken aller Verteuerungsfaktoren unserm Gewerbe an sich schlecht geht, ist nicht zu bestreiten. Die kolossalen Papierpreise haben dazu geführt, daß der Verbrauch in Zeitungspapier um mehr als 20 Proz. gestunken ist, in Feinpapier sogar um 40 bis 50 Proz. Diese starken Rückgänge haben jetzt in erster Linie zu Preiserhöhungen geführt, denen weitere folgen werden, wenn auch vorherhand nicht in erheblichem Maße. Da die Löhne, wie noch dazulegen sein wird, nicht von so ausschlaggebender Bedeutung bei der Preisgestaltung sind, wie es in Wort und Schrift vom DVB. gern behauptet wird, so könnte eine vernünftige Revision der Preispolitik durch die Prinzipalsorganisation die unausbleibliche Deroute auf dem Preisgebiete auffangen, vor allen Dingen eine Preisanarchie verhindern und auch zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit beitragen, denn das Arbeitslosenelement in unserm Gewerbe übersteigt nachgerade auch die schlimmsten Seitenstücke anderswo. Daß wir Unmögliches verlangen, läßt sich nach allen uns persönlich gewordenen Verlautbarungen sowie nach solchen in der Fachpresse nicht annehmen.

Wenn man sich vergegenwärtigt, was alles schon zur „Hebung der Produktion“ in der „Zeitschrift“, in den Versammlungen der Prinzipalität, in den Sitzungen ihrer Körperschaften und am Verhandlungstisch des Tarikausschusses bzw. der nunmehrigen Tarifkommission gestiegen ist und wie dabei über Nachmittags und einige tarifliche Bestimmungen und neuerdings auch wieder über „Rückgang der Leistungen“ geschrieben und geredet worden ist, dann könnte allerdings angenommen werden, den Herren wäre es bitterer mit vollster Ausnutzung der Produktionsmittel. Die bösen Gehilfen aber seien drauf und dran, immer weniger an produktiver Arbeit zu leisten. Wir wissen sogar von Behauptungen aus der letzten Zeit, daß zu 40 bis 50 Proz. nicht produktiv gearbeitet werde, weil die Gehilfen und die Hilfsarbeiter die Arbeit zu strecken wissen. Daß aber nachweislich nicht die Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe ein solcher Hemmungsfaktor ist, daß vielmehr noch Arbeitsfreudigkeit herrscht, das wissen die falschen Ankläger auf Prinzipalsseite sehr wohl; sie wissen sogar, wo der Hase im Pfeffer liegt. Denn wenn man das Hintreiben auf Kurzarbeiten sieht und beobachtet, wie raffiniert es angelegt wird, in beschränkter Produktionszeit Arbeitsleistungen zu erzielen, die sich in einer viel längeren Stundenzahl noch sehen lassen können, dann ist es augenfällig, mit welchen Karten von der andern Seite gespielt wird. Es muß aber auch gefast werden, daß konkrete Erscheinungen von Abnahme der Berufsfreudigkeit eine Erklärung finden würden in der vom DVB. betriebenen Lohnpolitik, die mit dem neuen Lohnabbauantrage zu einem großen Schläger gekommen ist, über dessen Auswirkungen sich diese Art von ganz kurzfristiger Unternehmerstrategie wohl jetzt erst den Kopf zu zerbrechen beginnt. Zwischen Ursache und Wirkung vermag ja die heutige Prinzipalsdiplomatie den richtigen Zusammenhang nie zu sehen. Sie treibt Festdruffpolitik, wundert sich aber, wenn sie lebendig gegen den hohen Rat der Götter im Olymp ausschlägt. Eine gemeingefährliche Naivität!

Die Hebung der Produktion wird auf Unternehmerseite tatsächlich aber mit Mitteln betrieben, gegen die wir uns als der für die öffentliche Diskussion bestimmte Anwalt der Gehilfeninteressen ganz entschieden wenden müssen. In der „Zeitschrift“ vom 17. April erscheint der auch in der „Buchdruckermache“ publizierende Herr M. Sch. auf der Bildfläche (wovon wir ja schon Vermerk nahmen) und plädiert allen Ernstes für Abschreibung in Goldmarkberechnung. Da die Zuschläge zum Drucktarif in verschleierte Form bereits von der Goldmarkbasis ausgehen, wären Goldmarklöhne doch die logische Folge. Die

„Zeitschrift“ vom 13. April mit ihren schon zitierten vielen demagogischen Ausfällen gegen die Lohnforderungen der Gehilfen sowie unfern um fast 40 Proz. gegen den Friedensstand verschlechterte Lohnlage sind darauf eine Antwort, ob der dem Herrn M. Sch. doch die Schamröte aufsteigen sollte. Das um so mehr, als er zugunsten der unhaltbaren Preiszuschlagspolitik die Hebung der Produktion in ihr direktes Gegenteil verwandelt, indem er als Pflicht der Stunde ausruft:

„Da glauben einsichtige Kollegen, daß ein Preisabbau den Übergang unsres Gewerbes aufhalten kann! Nein, meine Herren Kollegen, Ihre Steuerbilanz für 1922 wird Ihnen die Augen öffnen. Wer von den heutigen Tarifpreisen, ganz gleich aus welchen Betrachtungen und Gefühlen heraus, abweicht, muß mit mathematischer Sicherheit seinen Betrieb ruinieren und dann selbst zugrundegehen. Lieber einmal einige Maschinen zugekauft haben lassen und die Lebensdauer der Typen erhöhen als zu unartikulierten Pressen arbeiten, die keinem Geschäfte Segen bringen, für das gesamte Gewerbe aber den Ruin bedeuten.“

Auf den neuen Angelpunkt mit der Steuerbilanz für 1922 brauchen wir nicht groß einzugehen, denn Steueranhaben Unternehmungskreise im neuen Deutschland für die andern Volksschichten als größere Pflicht ausgegeben. Das beweist klarlich die „Zeitschrift“ vom 20. April mit ihrem Steuerartikel. Wer irgend kann, möge daraus einen Anschauungsunterricht gewinnen, wie groß die Steuererschöpfung der besitzenden Kreise ist. Wenn man da lesen kann von der Steuererklärung für die Einkommensteuer: „Das günstigste Ergebnis, das durch die außerordentlichen Absetzungen erreicht werden kann, ist dies, daß sie die gesamten Einnahmen aufwiegen“, oder daß auf eine nur noch mit 1 M. zu Buch stehende Maschine „noch eine steuerlich geschnittene außerordentliche Absetzung von 400 000 M. möglich ist“ usw., so ist man sprachlos über die Kühnheit des gedachten Berliner Prinzipals, vor der „Steuerbilanz für 1922“ graulich zu machen.

Die schon besprochene Hauptvorstandssitzung des DVB. hat aber ohne Berührung der Goldmark- bzw. Dollarparole in ähnlicher Weise die gleiche Lösung ausgegeben, indem von der Diskussion über den Punkt „Preisstarif und Preisstabilität“ folgender Ausklang wiederzugeben wird:

„Die Einmände, daß die Unterbietungen gemacht werden müßten, um das Personal beschäftigen und durchhalten zu können, seien nicht berechtigt; die hereingenommenen Arbeiten müßten ausnahmslos nach den Sätzen des Preisstarifs berechnet werden. Bei Auftragsmangel dürfe vor der Einführung der Kurzarbeit nicht zurückgegriffen werden; das sei weit besser als das gewerbschädigende Unterbieten der Preise.“

Ein Rezept, wie im Interesse der „Hebung der Produktion“ zum Arbeitsmangel zu gelangen ist, gibt das Prinzipalsorgan förmlich selbst an, indem es am 16. März einem Artikelschreiber die von diesem ausdrücklich als einwandfrei im Berechnen und in fachmännischer Beschlagenschaft gewünschte Gestaltung der Drucksachengewinnung durch reisende Vertreter folgendermaßen ausredete:

„Der Drucksachenanwerbung durch Reisende können wir aber nicht das Wort reden. Durch das Reisen auf Drucksachen wird der Preisunterbietung vor allen Dingen Vorzug geleistet, auch wenn der Vertreter ein Fachmann ist. Gegen den Besuch der händlichen Kundenschaft kann man schließlich nichts einwenden, aber das systematische Abklappern der Geschäfte nach Druckaufträgen ist eines seinen Betriebes unwürdig.“

Während sonst die Reklame gerade für das Buchdruckgewerbe als ein bedeutender Geschäftsfaktor anerkannt wird und zu ihrer Hebung Anstrengungen geschehen, wird von der „Zeitschrift“ die Reklame in anderer Form, aber zum gleichen Zwecke, durch Reisende nämlich, prinzipiell unterbunden und dabei zum Ausdruck gebracht, daß seine Betriebe hierzu bei nach dem Grundfab handeln: shocking! Die „Zeitschrift“ sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht, sonst müßte sie wissen, daß auch große und größte Firmen, die sie nicht als unfeine Betriebe anzutasten wagen dürfte, mehr oder weniger viel Drucksachereisende ständig beschäftigen, und daß selbst Inhaber und Prokuristen von namhaften Firmen das „systematische Abklappern der Geschäfte nach Druckaufträgen“ persönlich vornehmen.

Die angeführten Auslassungen lassen aber auch im ganzen erkennen, daß man das Wasser mit Sieben schöpft. Einsichtige Prinzipale werden mit ihren Preisabbaugedanken abgefertigt, weil angeblich nur die Hochhaltung der nur noch unter ganz günstigen Umständen einzuhaltenden Preisfrage das Gewerbe retten könne. Stilllegung der Betriebsmittel wird diesen Einsichtigeren als das kleinere Übel plausibel gemacht, obwohl zunehmende Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit doch mit der Zeit die Aufrechterhaltung des Betriebes in Frage stellen müssen. Mit einer Rücksichtslosigkeit, die zu den Zeiten, wo man nicht einmal die Courage hatte, wirklich angemessene, auch von Gehilfenseite zu verweigende Preise zu fordern und deshalb von der Gehilfenvertretung Rippenstöße deswegen hinnehmen mußte, nicht entfernt gefannt hat, wird förmliche Auftragsabotage getrieben und dadurch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zu einem Teile noch künstlich gezüchtet. Ein noch folgender Artikel in nächster Nummer beweist es klar, was damit der Gehilfenschaft gegenüber angerichtet worden ist. Warum wird deshalb nicht die Sorgenfrage gestellt: Wohin soll das führen? Warum hat man nicht den Mut, einzusehen, wohin schon die forcierte Preispolitik geführt hat? Müßten denn nicht Geschäfts- und behördliche Kreise darüber stolpern, daß das Buchdruck- und das Zeitungsgewerbe früher für einen Unbeldelei gearbeitet haben, und daß man sich heute seine Arbeit in Gold aufwiegen läßt, zudem die schlechte Bezahlung der Gehilfen, Arbeiter und Angestellten in Papier doch auch kein Geheimnis für die Öffentlichkeit mehr ist, denn der „Korr.“ dringt überall hin. Uns ist bekannt, daß höhere Stellen sich schon ganz entsetzt äußern über die neueren Preisausschlüsse, und es ist anzunehmen, daß von dieser Seite eingewirkt wird, den Buchdruckern im Schlimm-

tungsverfahren diese Bewilligungen zu beschneiden, damit die Druckpreise nicht noch höher werden. So kommt die Gehilfenschaft ungeschuldigerweise in den Verdacht, eine verkehrte Preispolitik zu begünstigen. Der Mut zur Wahrheit fehlt eben, obwohl das eigne Organ der Prinzipale von Klagen über Unterbietungen und ausgesprochene Preisflehdererei nur so widerhallt. Die maßgebenden Personen wissen es auch, daß Unterbietungen von 25 Proz. die Regel, von 30, 40, 50 und sogar noch mehr Prozent keine Seltenheit mehr sind. Wir kennen Ausprüche von sehr tüchtigen Fachleuten, die ganz genau sagen, um wieviel die Druckpreise zu hoch sind. Darüber kann noch näher gesprochen werden, wenn die „Zeitschrift“ sich auftragsgemäß weiter den Kopf am „Korr.“ einbeugt. Denn wir können und wollen nicht mehr zusehen, wie das Glend der Gehilfen durch eine falsche Preispolitik gesteigert wird, wenn das auch nicht ausschließlich in diesem Umstande zu suchen ist.

Preisabbau verlangt man von den andren Erwerbsgruppen, Lohnabbau betreibt man gegen die eigene Arbeiterschaft, Preisabbau bei sich selbst — ja, das ist trotz aller Preisverschandelung ein Ding, wovon man nicht gerne spricht oder nur im großen Bogen herumredet. Die „Zeitschrift“ hat am 6. April anscheinend von dem bekannten M. Sch., der nur ein andres Signum wählte, einen größeren Artikel gebracht. Unter der etwas irreführenden Überschrift „Preisabbau im Buchdruckgewerbe“ wird von diesem Preisfechter feierlich erklärt:

Die Frage des Abbaus ist vom Deutschen Buchdrucker-Verein selbstverständlich erörtern worden und der Hauptvorstand ist von Vertretern in der Tarifkommission beauftragt worden, die Möglichkeiten dafür aufs genaueste zu prüfen und sofort, wenn die Voraussetzung für den Abbau gegeben ist, ihn in die Wege zu leiten.

Dann aber folgen Auseinandersetzungen mit dem „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ und mit der „Buchdruckerwoche“, aus denen sich nur ergibt, daß es mit dem Preisabbau nicht geht, weil „jede Sicherung für eine Verringerung der Herstellungskosten einer Drucksache“ fehlen soll, wodurch die Existenzfähigkeit des Gewerbes schwer bedroht sein würde. Der Artikelschreiber operiert hierbei ebenfalls mit dem demagogischen Kniff, daß die Preisfestsetzung doch auch unter der Mitarbeit der Gehilfenschaft erfolgt sei. Nachdem wir das schon gründlich widerlegt haben, können wir Herrn — m. alias M. Sch. zur stärkeren Betätigung nur raten, er möchte bei Herrn Max Schölem in Berlin anfragen, ob es richtig ist, daß zu den großen Tarifverhandlungen im Spätherbst 1920 die Gehilfenleitung sich einen besonderen Referenten für Preistarifangelegenheiten mitgebracht hat, dem Herr Schölem als Korreferent entgegentrat mit Argumenten, die ähnlich den von — m. bzw. M. Sch. jetzt vorgebrachten klingen. Wir geben sogar zu, daß unser Preistarifexperte bei den Prinzipalvertretern nicht durchdrang, weil es ihm erging, wie es im Sprichworte heißt: „Viele Hunde sind des Hasen Tod!“ Daß schon damals die Bedenken auf Gehilfenseite gegen die moderne Preisfestsetzung nicht klein waren, ist auch aus den Artikeln im „Korr.“ „Ein dunkler Punkt“ in Nr. 80, „Der wunde Punkt“ in den Nrn. 98 und 108 von 1920 klar zu ersehen. Aus den Sachgängen vor und nachdem könnte noch viel mehr hier angeführt werden. Das verunglückte Experiment mit dem Lohnabbau schaltete jedenfalls der Herr mit dem Doppelsignum stillschweigend als Haupthindernis des Preisabbaues ein, was aber ganz falsch sein würde.

In der gleichen Nummer der „Zeitschrift“ ist aber in dem dem Wirtschaftsamte des DBV. zustehenden Teile von Herrn Säuberlich (Leipzig) eine Meinung zu diesem Artikel zu hören, die bis jetzt isoliert Benennungskunde erwägt. Ausgehend von dem Standpunkte, daß das Buchdruckgewerbe mit dem Preisabbau nicht den Anfang machen könne, wenn sich sonst durchgängig Widerstand dagegen zeige — in der Hauptvorstandssitzung war vordem von dem allgemeinen Preisabbau zu hören! —, schreibt diese doch unbestrittene Autorität zur Sache:

Wenn nun doch, wie nicht zu bestreiten ist, färrkunter Preis gearbeitet wird, wäre es da nicht angebracht, von berufener Stelle aus einzugreifen, um schrankenloser Ausnutzung vorzubeugen? Wenn die Opfer, die mit den Preisunterbietungen verbunden sind, planmäßig ausgemittelt werden, können sie dazu dienen, einerseits Einfluß auf die Lieferanten des Gewerbes und andererseits auf die Auftraggeber zu nehmen, um den Geschäftsgang zu belassen als dem einigsten Mittel, aus den Schwierigkeiten herauszukommen.

Opfer müssen gebracht werden. Es ist besser, sie bei Zeiten planmäßig zu bringen, anstatt beim Eintreten katastrophaler Vorgänge sich unübersichtbaren Verlusten auszuliefern.

Herr Säuberlich meint zum Schluß, eine Erörterung der Abbauforderungen innerhalb der maßgeblichen Organisationen des Buchdruckgewerbes, einschließlich der zugehörigen Lieferantengruppen und des Verlagsbuchhandels, erscheine durchaus angebracht; das Wirtschaftsamte des DBV. werde versuchen, in dieser Richtung zu Ergebnissen zu gelangen. Man sieht also, daß es doch anders gehen kann, wie Herr M. Sch. orthodox die Dinge betrachtet.

Die „Buchdruckerwoche“ hat den Bohn der orthodoxen Richtung hervorgerufen durch Aufnahme einiger sich kritisch äußernder Einsendungen, die zum Teil schon im März gebracht wurden; auch kam zum Ausdruck, wie sehr die Auflösung des Tarifamtes bedauerter werden müsse, weil nun eine wirklich unparteiische letzte Instanz zur Entscheidung über Preisflehdererei fehle. Wir können auf diese Stimmen jetzt nicht näher eingehen. Von den zwei Hauptkündnern wollen wir nur erwähnen, daß sie (in Nr. 12) ausführten, man solle doch den Gehilfen, damit sie in ihren Forderungen einen Pflock zurücklassen, zeigen, wie schlecht es den Prinzipalen in Wirklichkeit ergeht. Denn wenn man das Gewerbe zugrunde richten wolle, sollten nur die Tarifpreise genommen werden. Man dürfe sich doch aber nicht selbst belügen; noch nicht 10 Proz. aller Druckereien erhalten die Tarifpreise bezahlt. Aufträge zur Hälfte derselben, bei großen laufenden Arbeiten zu einem

Drittel, würden hingenommen, auch große führende Firmen müßten in Ausnahmeverrechnungen einwilligen. Das ist gewiß nicht ohne Beweismaterial geschrieben worden; unsere Informationen lauten ebenso. Die „Buchdruckerwoche“ selbst schrieb schon in einem Redaktionsartikel am 7. Oktober 1920, über eine Herabsetzung des Teuerungszuschlages für Absidenzen um 25 Proz. ließe sich reden, der Preistarif müsse ein der jeweiligen Wirklichkeit sich anpassender Zeitfaden sein. Das erregte damals einen Entrüstungssturm, jetzt wird man so oder so doch dazu gezwungen werden.

Die „Papierzeitung“ hat auch mehrmals im Interesse der Umfangverweigerung und Aufлагерhöhung von Zeitungen und Zeitschriften sich dagegen gewandt, daß die den Gehilfen bewilligten Lohnserhöhungen stets auf alle Berechnungskonten umgelegt werden. Am 14. April erklärte sie, der Druckpreistarif sei nur noch ein Maßstab für Überpreise einerseits und für Unterbietungen andererseits. Da Buchdrucker das in den beiden Fachblättern schreiben, kann doch nicht gesagt werden, daß dies haltlose Schreibereien seien.

Vom Verlagsbuchhandel sind im „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ teils grobe, mit vielen Zahlen belegte Abhandlungen über die Druckpreise und die Löhne erschienen, deren Objektivität im allgemeinen auch in der „Zeitschrift“ anerkannt wurde, teils hat man kurz und bündig den Buchdruckunternehmern im Salontone, geradezu wucherische Steigerung der Tarifpreise“ vorgeworfen. Diese Seite ist von uns immer als verdächtige Zeugenchaft betrachtet worden. Sie ist in erheblichem Maße mitschuldig an dem großen Auftragsmangel für die Werldruckereien. Die letztmalige Druckpreiserhöhung um 25 Proz. infolge der gleichlautenden Lohnbewilligung hat alle Organisationen mobil gemacht zum Protest und zur Auftragsboykotte; auch die unter der Flagge einer freien Vereinigung stehenden Leipziger Verleger haben sich bei dieser Gelegenheit hervorgetan. Die Verleger haben ihren Zweck erreicht mit dieser Art Streit gegen die Lohnbruder: die 25 Proz. werden tatsächlich nicht bezahlt. Das hat die führende Verlegerorganisation aber nicht abgehalten, ihre Schlüsselzahl noch um 25 Proz. zu erhöhen. Mit der Punktzahl von jetzt 2500 möchte es noch angehen, wenn nicht die Grundzahl (Friedenspreis) vielfach zu hoch angelegt werden würde. Erst dadurch ergeben sich die enormen Bücherpreise, die zu einem Käuferstreik führen müssen und schon geführt haben. Die Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe ist der hauptkämpfende Teil dabei, weil der Wertdruck nun noch mehr zurückgeht, obwohl die Papierpreise eine Senkung erfahren haben. Die wundervolle freie Wirtschaft läßt auch hier der Überteurung freiste Bahn.

Die Zeitungsverleger sind jetzt in eine verfahrenere Situation geraten. Manche haben den April noch zu einer Auslaufzeit für die Bezugspreise und zum Teil auch für die Anzeigengebühren genommen, die mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht mehr in Einklang zu bringen ist. Andre sind zur Preisstabilisierung geschritten. Nur der kleinste Teil hat eine Preisentkung vorgenommen. Daraus haben sich schon eigenartige Umstände ergeben. So schreibt uns der in voriger Nummer mit einer Zuschrift an den „Korr.“ erwähnte thüringische Verleger, daß entgegen einer getroffenen Vereinbarung die sozialdemokratischen Blätter in Gera und Jena für April eine Bezugspreiserhöhung vorgenommen haben. Die kleinen bürgerlichen Blätter setzen dadurch in Nachteil gekommen und haben Verluste an Abonnenten und Inserenten, was zu weiteren Entlassungen im Personal zwingt. Auch er müsse dazu schreiten; von seinen Gehilfen, die alle alte, gute Kräfte wären, nun noch einige zu entlassen. Er beklagt die „enorme Preisflehdererei sowohl in Absidenzen als auch in Zeitungsdruckereien“, sagt, daß auch die Preispolitik der Arbeiterpresse nicht immer klug sei und erklärt die Prinzipale für mitschuldig an den gegenwärtigen ungesunden Verhältnissen. So sieht man, wie die Preisentkung, wenn isoliert vorgenommen, auch ihre Schattenseiten hat. Herr Säuberlich hat daher recht, wenn er den Standpunkt vertritt, daß ein Preisabbau wohl zu erwägen ist, die Sache müsse aber organisiert angefaßt werden. Wie lunterbunt es jedoch im Zeitungsgerwebe hergeht, beweisen die manchmal sich ganz entgegenstehenden Beschlüsse der Kreis- oder örtlichen Organisationen über die Bezugspreise für April und Mai. Die Bayern gehen zum Schlüsselssystem über, also wie die Buchverleger. Die Pfälzer Presse hat aber den Vogel abgeschossen. Trotz der prekären Lage jener Gegend (Besetzung) wurde von ihr den Abonnenten eine Rückvergütung gewährt für April. Sie beträgt meistens 1800 M. Wer für Februar und März Nachzahlungen geleistet hat (600 bzw. 1000 M.), bekommt ebenfalls 1800 M. zurück. Es geht dort also ohne Auslaufzeit, die anderswo ausdrücklich als notwendig bezeichnet wird. Der Vorgang in der Pfalz beweist aber auch, daß die Zeitungsverleger mit einer Lohnserhöhung für April gerechnet haben; ihr Organ hat jedoch den gegenteiligen Standpunkt eingenommen, sintermalen die Buchdrucker den andren Arbeitern ja voraus kommen könnten mit ihren Löhnen, was aber ein sehr heißes Tradrennen für uns werden würde und doch nicht zu gewinnen wäre. Während draußen in den Woelcker-Scharen (Prinzipale und Zeitungsverleger) von den Lohnverhandlungen am 23. März vielfach eine Erhöhung erwartet wurde — ein namhafter rheinischer Prinzipal verließ sogar Großzügigkeit bei diesen Beratungen —, stürzten die kleinen Napoleons mit Mut und Tapferkeit, immer stehen an einem Spieße, auf einen zehnprozentigen Lohnabbau zu. Verkehrte Welt, solche Woelcker-Strategien! Aus dem Südwestteil Deutschlands wird uns noch in den Abschlusshunden dieser Nummer von einem Geschäftsführer geschrieben, daß das Zusammenlegen kleiner Zeitungen in einem Maße, daß an einem zentral gelegenen Orte gleich ein halbes

Duend Ableger für eine Partei fabriziert werden, die Arbeitsgelegenheit sehr ungünstig beeinflussen. Auch sonst ist uns manches Klageged ausgegangen, das im Zeitungswesen Methoden Platz gegriffen haben, die direkter Raubbau sind. Wir haben in dem Schiffsalgemeinschaftsartikel schon gesagt, daß die Zeitungen über den Schiffsalgemeinschaftspunkt hinaus sind. Im „Zeitungsverlag“ vom 20. April wird in einer versteckten, kleinen Notiz mitgeteilt, wie sich die Rückvergütungen gestalten, die sich nach dem Papierverbrauch richten. Es handelt sich dabei nicht um die Beträge, die von den Zellstoffabriken den Zeitungsverlegern zugewandt werden (augenblicklich 60 M. pro Kilo), sondern das Kostengebiet für die Presse kommt damit zur Auswirkung. Diese Rückvergütung ist recht beträchtlich; ein Zeitungsverleger z. B., der 5000 Kilogramm Papier im Januar und Februar verbrauchte, kann auf 2 1/2 Millionen Mark rechnen. Das Organ der Zeitungsverleger hat also keinen Anlaß gehabt, der Gehilfenschaft am 30. März eine Vorlesung zu halten, daß größere Bescheidenheit für sie sich ziemte.

Der Sache wird leider aber noch vielfach ein anderer Dreh gegeben, indem die „hohen“ oder „tiefen“ Löhne vorgehoben werden für das Darniederliegen unseres Gewerbes. Das macht erforderlich, auf den Unterschied zwischen Lohnstand und Preisstand noch etwas einzugehen. Es wird jetzt immer häufiger von Arbeiterseite den Unternehmern vorgerechnet, daß der Lohnanteil am Produkt trotz der nominell mit großer Zahl erscheinenden Löhne doch nicht so wesentlich, meistens sogar unerheblich ist. Unter dankenswerter Mitarbeit einer ganzen Anzahl tüchtiger Kalkulatoren, die zum Teil auch die Schlussrechnung vorzunehmen haben — man wird uns doch verstehen! —, könnten wir eine stattliche Fülle von Beispielen anführen. Vorberhand beschränken wir uns aber auf nur einige.

Der Umfang dieses Artikels gestattet nicht, in spezialisierte Berechnungen einzutreten, erforderlichenfalls kann das aber später nachgeholt werden. Ein Werk von vier Bogen Oktav in durchschossener Korpus Mainzer (42 Zeilen pro Kolonne) in Handsatz, Auflage 5000, ist in einer Stadt mit 25 Proz. Ortszuschlag mit allen Zuschlägen für soziale Abgaben, Ferien, Feiertage und Aufenthalt im Satz mit 1 022 526,80 M. zu berechnen bei 365 011,60 M. Lohnbetrag und im Druck mit 848 260 M. bei 191 833,15 M. Lohnbetrag. Der Lohnanteil in Satz und Druck ist also 29,75 Proz. an den berechneten Herstellungskosten. Das Papier mit 2 900 296,80 M. hinzugenommen, würde der Lohn am Endprodukt (ohne Buchbinder) nur 19,2 Proz. betragen. Ein zweiseitiger Prospekt in Quart, Vor- und Rückseite bedruckt, etwas komplizierter Satz, 2000 Auflage, kommt in Satz, Druck und Papier auf 217 756 M. zu stehen; Lohnanteil daran 58 331 M., das sind 26,75 Proz. Ein kleiner einfacher und einseitiger Prospekt in Kleinquart, 1000 Auflage, wird mit 91 717 M. berechnet (bei 20 800 M. Papierpreis); der Lohnanteil beträgt 18 813 M., also 25,1 Proz. Eine Quartrechnung in besserer Ausführung mit übergedruckten Querlinien, 1000 Auflage, ist mit 32 608,62 M. Gesamtlohnkosten herzustellen, berechnet werden einschließlich Papier (19 500 M.) und Aufmachungsarbeiten 123 252 M.; Lohnanteil also nur 26,46 Proz. Ein vierseitiges Oktavprogramm auf leichtem weißen Karton, in zwei Farben, Auflage 1000, ist bei 30 375 M. Kosten des Kartons mit 81 118 M. Löhnen einzustellen; da 286 015 M. insgesamt berechnet werden, beanspruchen die Löhne einen Anteil von 31,7 Proz. Im allgemeinen kann man gelten lassen, daß der reine Lohn den vierten Teil, der Druck den sechsten Teil des berechneten Betrags ausmacht; bei Sinsurechnung des Papiers, das für den Gesamtpreis einer Drucksache doch sehr mitbestimmend ist, wird der Lohnanteil noch niedriger. Wie es im allgemeinen ist, also auch in unserm Gewerbe: die Löhne sind als preisbildender Faktor zurückgegangen, weil die Material- und die sonstigen Geschäftsumkosten ziefig angewachsen sind. Der im Druckpreistarif vorgeschriebene Geschäftsnutzen ist auch zu einem starken Antriebspunkt geworden. Das alles läßt uns heute einen andern Standpunkt einnehmen zum Druckpreistarif als beispielsweise in der wirtschaftlich und geschäftlich viel gesünderen Atmosphäre der Jahre 1910 und 1911. Der Verdienst der Prinzipale wird allerdings geschmälert durch die Tatsache, daß sie die eigentlichen Preise ja nur selten erzielen. Trotzdem ist zu behaupten, daß zwischen Lohn und tatsächlichem Preis die Spannung zu groß ist.

Zuschriften in Sachen des Druckpreistarifs sind uns in den letzten Tagen in großer Anzahl ausgegangen, zum Teil ergreifen sie sich auch in Betrachtungen über Preisfleherei und Gewinne. Wir möchten jedoch sagen, daß Einzelheiten über Unterbietungen und Submissionsblüten vorerst noch unterbleiben sollen. Es ist ja auch manches keine Vollnummer, wenn man die Preisfleherei im großen verfolgen kann. Wenn z. B. in Bamberg das Telefonadreibuch bei dem festgestellten Tarifpreise von 6 657 629 M. um 700 000 M. zu niedrig berechnet worden ist, dann hält das mit andern Unterbietungen noch keinen Vergleich aus. In einem uns bekannt gewordenen Kapitalfall, wo die Konkurrenz anstatt für 40 Millionen einen großen Auftrag um 20 Millionen Mark weniger an sich riß, könnte eher die Feder besonders angelegt werden.

Angesichts solcher und ähnlicher gravierender Vorkommnisse wird uns gegenüber von Geschäftsführern und Kalkulatoren aber betont, daß die Prinzipalität im allgemeinen doch noch gut verdiene, und daß die Klagelieder der verwoelkten Herren und Meister falsch seien. Wir

meinen ja auch, daß heute Anordnung von Kurzarbeit und morgen Abdampfen in ein Bad absolut unvereinbar ist und das auf die halben stabilisierten, in Wirklichkeit schon weiter gesenkten Löhne gesetzte Personal verbittern müssen. Doch dieser Fall soll nicht verallgemeinert werden. Leider sind noch zu wenig Abkühlisse der gesellschaftlich betriebenen Druckereien herausgekommen in diesem Jahre; Aktiengesellschaften in unserem Gewerbe gibt es auch an sich nicht viel. Die Bremer Druckerei kann nur mit 15 Proz. aufwarten. Die „Hartung'sche Zeitung“ und Verlagsdruckerei in Königsberg bringt 25 Proz. zur Verteilung; seit September 1922 wird schon die dritte Kapitalerhöhung vorgenommen, diesmal um 15 Millionen. Die Wiedemann'sche Druckerei in Saalfeld hat trotz kostspieliger Ausbauten in ihren Filialen und sonstiger Erneuerungen sowie vieler und hohen Gewinnverwässerungen 60 Proz. ausgeschüttet bei nur 4,3 Millionen Aktienkapital. Der Berliner Preistarifboxer mag einen Schlaganfall bejagen! Auf jeden Fall sind die Prinzipale weit besser daran als die Gehilfen.

Ihre Preispolitik muß anders werden. Der Arbeitsmangel wird sonst auch sie erschlagen. Der D. B. darf nicht seine Profitinteressen über die Interessen der Allgemeinheit stellen! Hat man in den Jahren 1919 und 1923 unter ganz gegenstandslosen Vorwänden Lohnabbau versucht, warum nicht auch den organisierten Preisabbau? In einer sehr großen Druckstadt hat man ja in diesen Tagen Gruppenversammlungen auf die letzten 25 Proz. Erhöhung verzichtet und zur Einhaltung des Preistarifs danach die Anwesenden förmlich schwören lassen. 225 Proz. Druckpreiserhöhung allein schon in diesem Jahre, das ist in der Tat eine Gewalttat am Gewerbe. Der Preisabbau ist daher schon aus dem Erwägungsstadium heraus. Er hat auch für unsere Unternehmerschaft die eine große Voraussetzung: Gewinnabbau!

Wir leiden eben, das soll die Quintessenz unserer Ausführungen in dieser und in voriger Nummer sein, an zu niedrigen Löhnen und zu hohen Preisen. Die Gehilfenschaft sucht und kämpft hier um einen Weg ins Freie.

Volkswirtschaft Ein privatkapitalistischer Dolchstoß

Wenige Stunden nach Abschluß der Aussprache im Deutschen Reichstage über das durch den Einbruch der Böllinge Boicars in das Ruhrgebiet heraufbeschworene Elend und seine mögliche Beseitigung auf vernünftiger Grundlage haben die Börsemanager der deutschen Großindustriellen und der mit ihr im Handel verflochtenen privatkapitalistischen Finanzherren einen verbrecherischen Dolchstoß gegen die deutsche Volkswirtschaft durch Unterbühlung der Marktstabilisierung ausgeführt. War schon die Sabotage der Goldanleihe ein Meisterstück vaterländischer Geinnungslosigkeit dieser Kreise, so bilden die tieferliegenden Ursachen des am 18. April eingetretenen neuen Marksturzes die Krönung dieser volksfeindlichen wirtschaftspolitischen Machenschaften und zugleich einen niederträchtigen Hehnersdienst für die französischen Gewalthaber gegen das wehrlose deutsche Volk. Wie die Kasseeier einen dem Tode nahen Körper umkreisen, also lauerten die privatkapitalistischen Interessensvertreter sozusagen hinter den Kulissen des Reichstags auf den Augenblick, wo die Aussichten auf eine Liquidierung des Ruhrabenteuers näher rückten, als dies den privatkapitalistischen ungekrönten Königen Deutschlands zweckdienlich erschien. Rosenbergs, der Reichsminister der äußeren Politik, dürfte in seiner unsern Lesern wohl bekannten mehr als vorfichtigen und zurückhaltenden Stellungnahme in der Frage eines Verhandlungsangebotes gegenüber den französisch-belgischen Unterdrückern zweifellos davon ausgegangen sein, daß er seinen Freunden zur Rechten nicht allzuviel Opferwilligkeit im Interesse des deutschen Volkes austrauen darf. Darum hielt er mit einem klaren Vermittlungsvorschlag hinter dem Berge, er überließ dies zunächst den Vertretern der Linken, wußte wohl aber auch schon Bescheid über die Tendenz und Taktik Stresemanns, der in „kühner“ Berechnung sozusagen seine Hand ins Feuer legte, um für sich und seine Interessengruppe bei der vor der Lüre stehenden Abwicklung und Neuorientierung der Lastenregulierung Deutschlands aus dem Friedensvertrage die Hand am Steuer zu behalten. Der Regierungsvertreter gab dazu in kluger Weise nur den Luftakt und schob damit gewissermaßen den politischen Parteien die Verantwortung für die weiteren Dinge zu. Und so ist es gekommen, daß kurz vor dem Zeitpunkt, an dem über die Pflichten und Lasten Deutschlands aus dem Friedensvertrag an internationalen Diplomaten auf neue verhandelt werden wird, zur vorsehulweisen Deckung wahrscheinlicher stärkerer Belastung der deutschen Großindustriellen und ihrer gleichgesinnten Finanzkumpane sozusagen noch vor Torresschluß eine vorteilhaftere Wafutabasis auf Kosten des deutschen Volkes zu ergattern versucht wurde. Dieser Dolchstoß gegen die deutsche Volkswirtschaft ist am 18. April gelungen. Und heute vergiebt der größte Teil der bürgerlichen Presse Krokodilsstränen über Raifsespekulanten und sonstiges Börsenungeziefer. Daß aber hinter diesem „vaterländischen“ Run auf die Taschen des deutschen Volkes durch den Ansturm aller großen und kleinen Devisenhamsterer am 18. April, der die Stützungssaktion der Mark über den Haufen warf und den Dollar von rund 21 000 innerhalb weniger Stunden zeitweise auf über 30 000 hinauffschleppen ließ, ganz andre Schuldige zu suchen sind als jene, denen nun die Reichsregierung

durch Notverordnungen usw. aufs Leder knien will, das wird mit „volkswirtschaftlich“ sein sollenden Tiraden verbunkelt. Die im Dienste der deutschen Großkapitalisten stehenden Fabrikanten der „öffentlichen Meinung“ haben damit einen weiteren Befähigungsnachweis journalistischer Gewissenhaftigkeit erbracht, den das deutsche Volk jedoch mit hohem Lehrgeld bezahlen muß. Wir sind allen diesen Vertuschungsversuchen gegenüber der Auffassung, daß der Marktsturz der letzten Tage in der Hauptsache nur das Werk der deutschen Großindustriellen ist. Diese Ansicht deckt sich vollständig mit jener der „Frankfurter Zeitung“, die in dieser Frage ein merkwürdiges Gebaren einzelner großindustrieller Konzerne feststellt, wonach diese außerhalb der offiziellen Börsenzeit, also in der Absicht, sich der Kontrolle der Reichsbank zu entziehen, bedeutende Devisenbeträge angekauft und dadurch die ganze Stimmung für die Markterst so tief gebracht haben. Der „Vorwärts“ ergänzt diese Mitteilung dahin, daß es ganz einfach der Stinnes-Konzern war, der für einige Millionen Goldmark englische Devisen aufgekauft hat. Und die „Vossische Zeitung“ schreibt von holländischen Devisenaufkäufen, bei denen sich ausländische Großspekulant hervorgetan haben. Was die letzteren anbetrifft, so erblicken wir in diesen nichts anderes als die Beauftragten deutscher Kapitalverleiher aus den übrigen Gefilden der inländischen Großindustrie und Handelswelt. Diese, und nicht die kleinen Devisenauktionäre, die morgen wieder verlieren, was sie gestern gewonnen haben, die Großindustriellen und die großen Handelsherren, die seit Jahr und Tag ihr Profitmanometer auf kluge Aus- und Einfuhrgewinne eingestellt haben, sind es, die noch kurz vor drohenden höheren Verpflichtungen durch die in größere Nähe gerückte Liquidation des französischen Rubrabenteuers am eigenen Volke schnell einen riesigen Abverkauf durch rücksichtslosen Devisenaufkauf mit verbretterischem Landesverrat gleichaufstellende Flucht vor der deutschen Papiermarkt vollzogen haben.

Inwieweit an dieser finanziellen Marneschlacht die deutsche Reichsregierung mitverantwortlich ist, ist heute noch nicht ganz klar. Für den Laien genügt es, zu wissen, daß wir zwar einen vorsichtigen Reichsfinanzminister haben, daß dessen Vorsicht aber noch übertroffen wird durch jene des Reichswirtschaftsministers Dr. Becker, der es ausgezeichnet versteht, die Finanzwirtschaft des Reiches, die zwar „nicht zu seinem Ressort“ gehört, zu isolieren. Auch der Reichsverband der deutschen Industrie, der dem Reichswirtschaftsminister gern und freudig an die Hand geht, ist so ein Unschuldslamm. Offiziell will er Anhänger und Förderer der Marktstabilisierung sein, aber die Entsefelung der freien Wirtschaft ist sein Ideal, wie dies auch weit mehr die wichtigste Aufgabe Dr. Beckers ist. Daß diese Entsefelung der freien Wirtschaft, d. h. die weitgehendste Freiheit für die privatkapitalistische Profitwirtschaft, die Papiergeldwelt immer höher treibt, das ist nicht die Schuld dieser Wirtschaftspolitik, sondern des Versailler Gewaltvertrags, unter dessen Druck merkwürdigerweise diese Herrschaften immer reicher und die große Masse des Volkes immer ärmer wurden. Zwar will nun die Reichsregierung den eingerissenen Damm der Marktstabilisierung wieder nach besten Kräften abdicken, und zwar 1. durch Fortsetzung der börsenmäßigen Stützungsaktion, 2. durch eine weitgehende Einschränkung der Einfuhr und 3. durch Einführung einer allgemeinen Anmeldepflicht für den Devisenbesitz. Wir fürchten nur, daß von allen diesen Maßnahmen gerade jene Kreise am wenigsten betroffen werden, auf deren Betreiben dieser „waterländische“ Raubzug auf die Taschen des deutschen Volkes sich in den letzten Tagen vollzogen und in der Preisentwicklung der jetzigen und nächsten Tage noch auswirken wird. Denn die Möglichkeit einer Fortsetzung der Marktstabilisierung durch das Reich scheint uns sehr schleierhaft, zumal der Durchbruch vom 18. April bewiesen hat, daß diese Möglichkeit sehr schwach ist. An das Überraschungsmärchen in diesem Falle glauben wir nicht, weil wir die dafür verantwortlichen Regierungsmänner nicht für so weltfremd und unkundig halten, daß sie sich derart überraschen lassen könnten. Und bezüglich der Einschränkung der Einfuhr dürfte es auch noch sehr strittig sein, ob nicht gerade das, was das deutsche Volk am nötigsten braucht, wie z. B. ausländisches Getreide, mit bekannter Rücksicht auf die „armen“ Agrarier von den deutschen Grenzen so weit wie möglich ferngehalten wird. Und die „Frankfurter Zeitung“ war ja auch schon in der Lage, dies teilweise zu bestätigen. Aber was dann das dritte Abwehrmittel der Reichsregierung anbetrifft, die Anmeldepflicht für den Devisenbesitz, da hat ja schon der Reichswirtschaftsminister selbst im Reichstag und bei andern Konferenzen allerhand Wenn und Aber verkauten lassen. Die nicht „standesgemäßen“ Devisenbesitzer, d. h. die Kleinen, werden an die Randare genommen werden, und die Großen werden „im Interesse der freien Wirtschaft“ nur noch um so ungezügelter die Festigung und Erweiterung ihrer „Substanz“ betreiben können. Das allein wird zunächst der Erfolg des 18. April sein: Wer da hat, dem wird gegeben und wer nicht viel hat, dem wird auch das Wenige noch durch eine stabilisierte Lohnpolitik und eine der Valuta angemessene Preispolitik nach innen wie außen begünstigt werden!

Zur Frage einer stabilisierten Lohnpolitik, die einem verdeckten Lohnabbau wie ein Ei dem andern gleicht, haben wir in letzter Zeit schon mehrfach Stellung genommen. Auch hier hat sich der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker im Reichstag als gelehriger Schüler und Lehrer zugleich zu erkennen gegeben. Nachdem ihm seine früher aufgestellten Lohnabbautendenzen infolge einheitlicher Abwehr seitens aller Lohn- oder Gehaltsempfänger selbst als etwas zu unzeitgemäß erschienen sind, hat er im Reichstag einen gewissen Rückzug angetreten,

indem er sich an Worte klammerte und bestritt, das Wort Lohnabbau überhaupt gebraucht zu haben; dagegen sei er nach wie vor der Ansicht, daß eine Gefundung nur dann eintreten würde, wenn durch eine Lohnstabilisierung der Preisabbau erleichtert werden könnte. Damit hat der Reichswirtschaftsminister aber nur zu erkennen gegeben, daß er kein unparteiischer Sachwalter der deutschen Volkswirtschaft ist. Denn es kann ihm nicht unbekannt sein, daß der heutige Lohnanteil an den Gestehungskosten in fast allen Produktionszweigen in Durchschnitt kaum noch ein Fünftel ausmacht, während im Frieden dieser Teil der Produktionskosten durchschnittlich mehr als ein Drittel betrug. In Wirklichkeit liegen also die Dinge heute so, daß in allen Preisen ein großer Übergewinn als Frucht fortgesetzter Valutaschiebungen, Lohnrückerei und damit auch der Erdrosselung des Inlandsmarktes steckt. Und doch ist der Warenhunger, d. h. das Verlangen nach allen Bedarfsartikeln des täglichen Lebens, in Deutschland selbst so außerordentlich groß, daß alle Produktionszweige auf Jahre hinaus vollbeschäftigt werden könnten, wenn Preise und Löhne in ein ebenbürtigeres Verhältnis gebracht würden. Statt dessen sind die Preise fast aller deutschen Waren durch die Valutaspekulation der letzten Jahre nicht nur an die Weltmarktpreise heran-, sondern zum größten Teil noch darüber hinausgetrieben worden, während die inländische Lohnkurve als ursprünglicher Belebungsfaktor der inländischen Kaufkraft der großen Masse weit unter die Weltmarktlöhne gedrückt wurde. Dadurch kam in erster Linie der Warenaufbau im Inlande ins Stocken und dann auch der nach dem Auslande. Die Folge davon war zunehmende Arbeitslosigkeit mit ungeheuren Leerlaufkosten für die Unterhaltung dieser brachliegenden Arbeitskräfte neben dem zweifellos noch viel höheren volkswirtschaftlichen Verlust, der eben durch diese Inaktivität Hunderttausender von Arbeitskräften tagtäglich in die Milliarden wächst. Um nur ein für uns Buchdrucker nabellegendes Beispiel herauszugreifen, sei auf die wachsende Arbeitslosigkeit im deutschen Buchdruckgewerbe hingewiesen. Die Arbeitslosigkeit der deutschen Buchdrucker schwankt zur Zeit zwischen 10 und 15 Proz. Vollarbeitslose, außerdem sind nahezu 20 Proz. Kurzarbeiter vorhanden. Die Zahl der Vollarbeitslosen bedeutet einen wöchentlichen Verlust von rund 400 000 Arbeitsstunden, die Kurzarbeiter, nur mit 10 Proz. berechnet bei Halbarbeit, weitere 200 000 Arbeitsstunden Verlust. Dazu kommt aber nun noch das Brachliegen der Produktionsmittel während dieser 600 000 Stunden der Arbeitslosigkeit, was nach Berechnungen der Unternehmer wöchentliche Milliardenverluste für ein verhältnismäßig kleines Gewerbe bedeutet. Dazu sind aber nun noch die ungeheuren Summen zu rechnen, die teils aus öffentlichen, teils aus privaten Mitteln zur Erhaltung der ganz oder halb Arbeitslosen und ihrer Familien aufgebracht werden müssen, und zwar ohne jede produktive Gegenleistung. Wir schätzen diese Einbuße an volkswirtschaftlichen Werten auf mindestens 10 Milliarden Mark wöchentlich, die durch Brachliegen dieser Arbeitskräfte und Produktionsmittel sowie durch ihre Reproduktion wöchentlich allein im deutschen Buchdruckgewerbe im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung verloren gehen; wobei wir noch von jeder Veranschlagung der ideellen Verluste infolge dieser trostlosen Wirtschaft abgesehen haben. Zieht man aber nun noch in Betracht, daß ähnliche und relativ noch größere Verluste in den meisten andern Produktionszweigen der deutschen Volkswirtschaft zu gleicher Zeit zu tragen sind, so wird das Bild geradezu grauenhaft.

Wir stehen nicht an, diese wahnsinnige Verschleuderung wirtschaftlicher und kultureller Kräfte der geradezu haarsträubenden Preispolitik des heutigen Unternehmertums in Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft in erster Linie auszuweisen. Denn auch dafür zeigt sich die Bestätigung in der aufsteigenden Kurve der Preispolitik in unserm Gewerbe ganz eklatant. Je höher neben den Papierpreisen der Druckpreisetarif geschraubt wurde, desto schwächer wurde der Beschäftigungsgrad oder die Auftragsmenge. Gewiß sind bei der Erhöhung der Druckpreise die Steigerung der Materialkosten in erheblichem Maße von Einfluß, aber damit wird ja nur bestätigt, daß die gesamte privatkapitalistische Preispolitik in ihrem prozentualen Aufbau jeder Verunstaltung ins Gesicht schlägt. Denn eben diese Preispolitik ist ja auch die Triebkraft höherer Lohnforderungen, weil eben die Preise die natürlichen Wertmaße für Lohn und Gehalt darstellen. Da wir an anderer Stelle die Preis- und Lohnpolitik in unserm Gewerbe für sich eingehender behandeln, sei hier auf weitere Ausführungen verzichtet, zumal es sich hier nur darum handelt, die volkswirtschaftlichen Trugschlüsse der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung im allgemeinen aufzuweisen. Aber so wie es in unserm Gewerbe liegt, ist es überall, mitunter sogar noch toller, je größer die betreffenden Industriezweige sind und je geringer bei diesen die Zahl und je größer damit gleichzeitig die wirtschaftliche Macht der allein maßgebenden Personen ist.

Parallel mit dieser privatkapitalistischen Erdrosselung der inländischen Kaufkraft und der Erweiterung des unproduktiven Leerlaufs geht aber auch die Verschüttung des ausländischen Marktes durch die gleiche Preispolitik des karikierten wie selbständigen Unternehmertums. Sogar in die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ hat sich kürzlich ein Aufsatz verirrt, in dem unter der Überschrift „Die Weltmarktparität“ eine solche Beurteilung der Ursachen des heutigen deutschen Wirtschaftselendes zum Ausdruck kommt. Da wird festgestellt, daß die Stodung des deutschen Ausfuhrgeschäftes nur darauf zurückzuführen ist, daß die deutsche Preisforderung für eine ganze Reihe wichtiger Exportartikel heute erheblich über Weltmarktparität steht, und daß die Gefahr besteht, daß große Absatzmärkte dem deutschen Exportgeschäft ver-

loren gehen. Die Ursachen davon werden ganz richtig in der Hauptsache darin erblickt, daß „wir mit unsern Preisen einfach zu teuer geworden sind“, obwohl einheimische Rohstoffe, Kohlen, Löhne, Frachten, Mieten, Versicherung usw. sehr beträchtlich unter der Weltmarktparität stehen. Dafür gibt es nur die eine Erklärung, daß nicht erst seit heute und gestern zu teuer kalkuliert wird, sondern schon seit geraumer Zeit. Nur die Differenz zwischen Inlands- und Auslandswert der Ware, die aus dem Vorteil niedriger Löhne, Mieten, Frachten und Inlandsrohstoffe entspringt, vermochte diese falsche Rechnung zu verhüllen. Die vor dem derzeitigen privatkapitalistischen Dolchstoß etwa zehn Wochen anhaltende Besserung der Marktlage hat nun diesen Schleier gelichtet. Die fortgesetzte Spekulation auf den steigenden Dollar ermöglichte ein leichtfertiges Rechnen bei der Preisfestsetzung. Das mußte aufhören, als der Dollar nicht mehr stieg. Dazu kam noch der mit einem alten Volksbetrug identische Grundsatz „Leiner Umsatz bei großem Gewinn“. „Man überfah das eberne wirtschaftliche Gesetz, daß ein industrielles oder kommerzielles Unternehmen stets eines bestimmten Mindestmaßes an Beschäftigung bedarf, um überhaupt rentabel zu sein, und daß erhöhte Beschäftigung, beschleunigter Umschlag des Betriebskapitals, stärkere Ausnutzung der Anlagewerte unter allen Umständen erhöhte Rentabilität mit sich bringen muß... Allzu sorglose Kalkulation, Berechnung einer zu breiten Verdienstkquote aus zu kleinem Geschäft unter Vernachlässigung des Massenumsatzes gehören zweifellos mit zu den Ursachen, die die gegenwärtige Teuerungskrise unseres Exportes verschuldet haben.“ Also schreiben sogar die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, ein Organ, von dem man gewiß nicht sagen kann, daß es Arbeiterinteressen vertritt. Als einzige Lösung wird aber nur eine Verbilligung der Exportpreise empfohlen, und zwar durch noch stärkere Kartellierung und Syndizierung der Ausfuhrindustrien mit stärkerer Großorganisation im Rohstoffeinkauf und Fabrikatverkauf, durch strengere Kalkulationsgrundsätze, weitgehende Herabsetzung der Ansprüche an die Gewinnquote in Verbindung mit technischen und qualitativen Produktionsfortschritten. Man steht also auch hier nur ein Schielen nach dem Auslandsmarkt, während gerade der Inlandsmarkt in erster Linie erweitert werden sollte. Dazu bedarf es aber einer fühlbaren Hebung der Kaufkraft der inländischen Verbraucher. Und diese wird nur zu erreichen sein durch starke Preisentlastungen oder Angleichung der Löhne und Gehälter an die Preise der Lebenshaltungskosten. Nur dadurch werden der Inlandsabsatz und die Produktion gesteigert, was sicher zu einer Beseitigung der heutigen unheimlichen Leerlaufkosten für Arbeitslose und Kurzarbeiter sowie der brachliegenden Produktionsmittel führen wird.

So aber, wie die Dinge heute liegen, indem man von großindustrieller Seite versucht, durch weitere Entwertung der deutschen Mark das Auslandsgeschäft wieder künstlich zu beleben, gleichzeitig aber auch die Kaufkraft der großen Massen des deutschen Volkes durch damit zusammenhängende weitere Preissteigerungen im Inlande noch mehr schwächt als bisher, wird nur das Gegenteil von all diesem erreicht. Denn die Abwehr der ausländischen Produzentkreise gegen die fortgesetzte deutsche Schmutzkonkurrenz (auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse) ist ständig im Wachsen begriffen, sie wird zweifellos in nächster Zeit noch stärker werden. Und dann werden die deutschen Privatkapitalisten trotz ihrer Dollargaukeleien vor demselben Dilemma stehen wie heute. Der von ihnen gegen die eigne Volkswirtschaft geführte Dolchstoß durch Erschütterung der Marktstabilisierung wird sich in seiner Endwirkung als gegen sie selbst gerichtet erweisen. Das in rücksichtsloser und kurzsichtiger Weise herausbeschworene Millionenheer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter erweist sich im Lichte der Parole „Nur Arbeit kann uns retten“ als immer deutlicher werdende Bestätigung sittlicher und wirtschaftlicher Haltlosigkeit der bestehenden Wirtschaftsordnung. Diese selbst drängt mit allen Mitteln zu einer vernünftigeren Wirtschaftsordnung auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage. Werden sich die verantwortlichen Kreise der heutigen geschäftsüblichen Volkswirtschaft nicht in kürzester Frist im wohlverstandenen eigenen Interesse zu einer grundsätzlichen Änderung ihrer Preis- und Lohnpolitik entschließen, und werden sie fortfahren, die einzige kulturelle Macht, die wir in Deutschland in der millionenfachen menschlichen Arbeitskraft noch besitzen, durch solche Dolchstöße wie am 18. April d. J. noch weiter zu reizen, dann wird der Tag kommen, an dem auch für den geduldesten deutschen Kopf- oder Handarbeiter die Worte Stauffachers im „Wilhelm Tell“:

Der Güter höchstes dürfen wir verteidigen
Gegen Gewalt — Wir streben für unser Land,
Wir streben für unsre Weiber, unsre Kinder!

das Evangelium sein werden, das neues Leben aus den Ruinen zur Auferstehung bringen wird!

Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

Seher Georg Hagen, geb. in Böhlen bei Leipzig, 24. April: 50jähriges Berufs Jubiläum. jetzige Kondition: Wiedemannsche Buchdruckerei („Tagblatt“) in Gera.

Seher Richard Spengler, geb. in Frankfurt a. d. O., 1. Mai: 50jähriges Berufs Jubiläum. jetzige Kondition: Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

Seher Wilhelm Büttner, geb. in Ettlingen i. Ries, 2. Mai: 50jähriges Berufs Jubiläum. jetzige Kondition: Buchdruckerei Kastner und Callweg in München.

Allgemeine Rundschau

Rachmenswertes Beispiel. Die Zahlartendruckerei Paul Müller in München, deren Inhaber des öfteren Beispiele sozialen Verständnisses für sein Personal gegeben hat, gewährt demselben neben einer vorbildlichen Überminimallohnung einen über die tariflichen Bestimmungen hinausgehenden Urlaub nach Berufs Jahren und Geschäftszugehörigkeit des einzelnen.

Typographischer Wettbewerb. Im Aprilheft der „Typographischen Mitteilungen“ wurde vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker ein Signet- und Bignettenwettbewerb im Ornament-Typensatz mit Linienmaterial ausgeschrieben. Um zu einer recht regen Beteiligung an dem Wettbewerb anzuregen, sind 33 Geldpreise im Betrage von 300 000 M. (erster Preis 50 000 M., zweiter Preis 30 000 M., dritter Preis 20 000 M., zehn Preise zu 10 000 M., zwanzig Preise zu je 5000 M. und 15 Anerkennungen) ausgesetzt worden. Die Bedingungen des Wettbewerbs sind aus dem Prospekt zu ersehen. Die Veröffentlichung der Preisträger soll später in den „Typographischen Mitteilungen“ erfolgen. Die mit Preisen und Anerkennungen ausgezeichneten Entwürfe erscheinen im Verlag des Bildungsverbandes als Fachbuch, das allen Teilnehmern des Signet- und Bignettenwettbewerbs zum Selbstkostenpreise übersandt werden wird.

Weiteres Fortschreiten der Teuerung. In der Woche vom 11. bis 18. April, also noch in der Zeit vor dem jüngsten privatkapitalistischen Dolchstoß gegen das deutsche Volk, hat das Preisabbaumärchen der Lohnpolitik in allen Unternehmerkreisen durch die weitere Preisentwicklung einen noch schärferen Stoß erhalten, indem a. B. die durch das Statistische Amt der Stadt Leipzig wöchentlich festgestellte Teuerungszahl eine weitere Steigerung von 230 182 auf 232 060 in der Woche vom 11. bis 18. April ergab. Damit ergibt sich allein für die letzten drei Wochen, vom 28. März bis 18. April, eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten von 219 366 auf 232 060 oder um 5,8 Proz. Gegenüber der Durchschnittsziffer für den Monat Februar mit 209 980, d. h. seit der Zeit, auf der unsre gegenwärtige Lohnbasis aufgebaut wurde, war demnach bis 18. April schon eine Steigerung um 10,5 Proz. zu verzeichnen. Zu dieser relativen Erhöhung der Lebenshaltungskosten, die in Wirklichkeit die Lohnkurve schon seit langer Zeit um 30 bis 40 Proz. überschritten haben, kommen nun noch die durch die privatkapitalistische „vaterländische“ Untergrabung der Marktstabilisierung hervorgerufenen weiteren Verteuerungen in den letzten Tagen, die trotz nachträglicher Rückgangs der Marktentwertung bei nicht wenigen Verbrauchsartikeln des täglichen Lebens geradezu schändlich zu nennen sind. Denn wenn a. B. in Leipzig schon wenige Minuten nach Bekanntwerden der Markterstühterung am 18. April plötzlich die Fettpreise um 800 bis 1000 M. und noch höher stiegen, ja sogar in der städtischen Markthalle diese Ware auf einmal überhaupt nicht mehr zu kaufen war, wenn das Fleisch ebenso plötzlich um mehrere Hundert Mark das Pfund im Preise hinaufschnekte, und dazu noch die Preise aller andern Bedarfsartikel in Kleidung, Schuhwerk, Haushaltsgegenstände usw. sprunghaft über Nacht um 20 bis 50 Proz. höher kletterten, dann kann man gegenüber allen Versicherungen und Versprechungen verantwortlicher Stellen, daß dieser Wucher mit allen Mitteln unterdrückt werden soll, nur sagen, die Botschaft hör ich wohl, doch mir fehlt der Glaube. Denn was den Herren Großindustriellen recht zu sein scheint, lassen sich der Tendenz nach auch nicht die kleinen „Preisregulatoren“ nehmen. Darüber helfen uns auch die in den letzten Tagen zwischen Reichsregierung und den oberen Gewerkschaftsinstanzen aller Richtungen abgehaltenen Ausprachen nicht hinweg. Die Teuerungszahlen werden trotzdem in den nächsten Tagen nicht sinken, sondern ihre aufreißende Tendenz nach oben erst recht deutlich zum Bewußtsein bringen. Und zwar so lange, als es der Reichsregierung nicht gelingt, sich aus den privatkapitalistischen Eierhäuten loszulösen und durch tiefere greifende Maßnahmen gegen alle Spekulanten auf die Not des Volkes mit Hilfe der Arbeiterschaft sich endlich als Regierung durchzusetzen, statt wie bisher im Schlepptau der Großindustriellen, des Handels und der Agrarier als deren Ladenhüter den Ausverkauf und die Ausbeutung des deutschen Volkes dulden zu müssen. — Aus allen diesen Gründen hat daher auch unser Verbandsvorstand den gegenwärtigen Lohnvertrag für das deutsche Buchdruckergewerbe zum Ablauf der jetzigen Lohnwoche gekündigt. In den Vertretern des deutschen Buchdrucker-Vereins wird es nun liegen, bei den noch im Laufe dieser Woche stattfindenden Verhandlungen der Tariff Kommission zu beweisen, ob sie die Zeichen der Zeit richtig zu witzigen wissen.

Die „Buchdruckerwoche“ im Dienste der Tarifgegner. Daß wir die deutschen Buchdruckergehilfen in Nr. 39 an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht haben, daß sich die „Buchdruckerwoche“ vertraglich in den Dienst der Tarifgegner gestellt hat, daß der Schriftleitung dieser Fachschrift begreiflicherweise gar nicht. Sie kann zwar diese geschäftliche Förderung der Interessen der Vereinigung Deutscher Provinz-Buchdrucker nicht bestreiten, aber sie glaubt diese eigenartige Sache harmloser umdeuten zu können, indem sie darauf verweist, daß dies nur im Anzeigenteil geschehe. Wohl im Bewußtsein, daß auch damit die Geschichte doch noch nicht ganz so ist, wie sie sein sollte, macht sie uns den Vorwurf der Unterschlagung, weil wir nicht besonders darauf aufmerksam gemacht hätten, daß es sich hierbei nur um ein Geschäft im Anzeigenteil der „Buchdruckerwoche“ handelt. Mit Verlaub, verehrte Lektüre in der Berliner Zimmerstraße, Ihr Anzeigenteil in dieser Frage ist ein sehr komisches Ding. Wer a. B. die Nr. 16 der

„Buchdruckerwoche“ vom 18. April zur Hand nimmt und Seite 190 nachsieht, der wird nicht behaupten können, daß es sich hier nur um „Anzeigen“ handelt, sondern um einen offiziellen Amtsverfänger der Vereinigung Deutscher Provinz-Buchdrucker mit besonderem Zeitungscharakter im Rahmen der „Buchdruckerwoche“. Und gewissermaßen zur Bestätigung unserer Einschätzung dieser geschäftlichen Interessenvertretung der Tarifgegner durch die „Buchdruckerwoche“ ist in dem betreffenden „Inserat“ mit dem Titel „Mitteilungen der Vereinigung Deutscher Provinz-Buchdrucker“ ein Schreiben eines bayerischen Mitgliedes dieser Tarifgegner abgedruckt, in dem es u. a. heißt: „Es ist zu begrüßen, daß die... „Buchdrucker-Woche“ sich den Provinz folgen zur Verfügung gestellt hat und den kleinen Prinzipalen nun ein Sprachrohr ist, ihre Interessen vertreten zu können.“ Etwas andres als das letztere haben wir auch nicht behauptet, nur ist unsere Bewertung dieser Interessenvertretung selbstverständlich eine andre, und wir sind auch überzeugt, daß das Tarifamt heute der „Buchdruckerwoche“ keine Belobigung mehr ausstellen würde, wenn es noch vorhanden wäre. Daß die Vereinigung Deutscher Provinz-Buchdrucker nicht als eine Tarifgegnerorganisation anzusprechen ist, wird die „Buchdruckerwoche“ hoffentlich nicht auch noch bestreiten wollen, zumal der übrige Inhalt der erwähnten „Mitteilungen“ dafür ebenfalls unabweidende Beweise enthält. Die „Buchdruckerwoche“ ist also teilweise ein Organ der Tarifgegner geworden, und dabei bleiben wir, solange dieses Vertragsverhältnis besteht und die Vereinigung Deutscher Provinz-Buchdrucker der Anerkennung des Buchdruckerarbeitsvertrags feindlich gegenübersteht!

Meisterprüfung. Die Meisterprüfung legten ab: vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer Frankfurt a. d. O. die Seber Karl R a m b r o w aus Neubamm und Karl S c h e l l e aus Küstrin; vor der Handwerkskammer Breslau die Kollegen F r i s h a u d e und Richard D u e i k e r aus Breslau; vor der Handwerkskammer Erfurt der Schweizerdegen Kurt G e n z e l aus Mühlhausen i. Th.

Gehilfenprüfung. Aus dem Gewerbestammbezirk C h e m n i t z hatten sich zur diesjährigen Gehilfenprüfung gemeldet: 44 Seber, 19 Drucker, 3 Schweizerdegen. Von den Sebern erhielten die Note „Recht gut“ 1, „Gut“ 27, „Bismäßig gut“ 9, „Genügend“ 7. An die Drucker wurde die Note „Gut“ neunmal, „Genügend“ zehnmal erteilt. Die Schweizerdegen erhielten einmal „Gut“, zweimal „Genügend“.

Zeitungsjubiläum. Zu den ältesten Tageszeitungen in Deutschland zählt die seit ihrer Gründung im Neuenhahnischen Verlag in Jena erscheinende „Jenaische Zeitung“. Am 20. April d. S. bestand sie 250 Jahre. Ein aus diesem Anlaß herausgegebene 15seitige Jubiläumsausgabe war inhaltlich interessant und technisch geschmackvoll zusammengestellt.

Neuer graphischer Großbetrieb. Die seit mehr als 30 Jahren bestehende Buch- und Kunstdruckerei Schenkalsowsky in Breslau wurde unter dem Namen Graphischer Großbetrieb und Papierverarbeitungs-werk in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 20 Millionen umgewandelt.

Kostfrei aus dem Buchdruckgewerbe. Unter dieser Spitzmarke gab die „Münchener Post“ vor kurzem einer Zeitschrift aus Gehilfenkreisen Raum, in der darauf hingewiesen wurde, daß zwischen der Reichsbahndirektion und den Münchener Buchdruckereibesitzern seit einigen Wochen Differenzen bestehen über die Bezahlung der Drucksachen nach dem Druckpreistarif. Von der Reichsbahndirektion wurde nämlich ein Merkblatt herausgegeben, wonach kleine Druckaufträge teils etwas höher, große dagegen unter dem Druckpreistarif stehen. Mit Bezugnahme hierauf heißt es dann in der gehilfenzeitigen Zeitschrift u. a.: „Druckereien, die seit Jahrzehnten für die Staats- nunmehrige Reichsbahn drucken und speziell für Tabellen- und Formulardruck eingerichtet sind, sind seit dieser Zeit ohne jeden Auftrag. Die Hauptzacke in diesem Streit befaßt die schwer um ihre Existenz ringende Buchdrucker-Gehilfenschaft. Leute, die jahrelang in einem Geschäft tätig und hauptsächlich mit diesen Arbeiten betraut waren, verlieren ihre Stellungen und fallen der Arbeitslosenfürsorge anheim, die doch letzten Endes auch aus dem Staatsfiskus bezahlt werden muß. Während die Reichsbahn für Neubauten, Maschinenanschaffungen usw. Milliarden zur Verfügung hat, trotz des Defizits, wird hier um verhältnismäßig geringe Differenzbeträge gehandelt und gefeilscht, immer auf Kosten der Lohnempfänger, daß man aber einmal das Übel bei der Wurzel faßt und dem Holz- und Papierwucher energisch zu Leibe geht, fällt keiner Behörde ein.“ Es ist natürlich das gute Recht der Buchdrucker-Gehilfen, die Unterbindung der Auftragserteilung durch entsprechendes Vorgehen zu bekämpfen, weil eben die Gehilfenschaft die daraus entstehenden Konsequenzen am eignen Leibe empfindlich zu spüren bekommt. Soweit die zu hohen Sätze des Druckpreistarifs zur Begründung der Sparmaßnahmen der Reichsbehörden herangezogen werden, verdient jedoch darauf hingewiesen zu werden, daß neuerdings auch in privaten Auftraggeberkreisen gegen den Druckpreistarif Sturm gelaufen wird in der Überzeugung, daß dessen Sätze zu hoch sind.

Krähwinterei. „Der hohen Kosten wegen“ werden, wie uns aus Gießen (Anhalt) mitgeteilt wurde, laut Beschluß des dortigen Gemeinderats die amtlichen Bekanntmachungen versuchsweise auf ein Vierteljahr nicht mehr in der „Gießener Zeitung“ veröffentlicht, sondern öffentlich angehängt. Das Traurigste an der Geschichte ist die in der Aussprache im Gemeinderat hervorgehobene Tatsache, daß der Verlag des Bernburger „Kurier“ die Bekanntmachungen der Stadt Gießen unentgeltlich aufnimmt. Die Schmuckkonkurrenz im Buchdruckgewerbe treibt selbst in solchen Zeiten noch traurige Blüten, wo alle übrigen Gewerbetreibenden ohne Ausnahme für ihre Arbeit ent-

sprechende Bezahlung verlangen. — Ein ähnlicher Fall wurde uns aus dem fränkischen Städtchen Mönchberg berichtet. Dort kam die „fortschrittliche Linke“ des Stadtrats auf den ingeniosen Einfall, die Bekanntmachungen vom 1. Juli an in fünf im Stadtgebiet angebrachten Kisten zu veröffentlichen. Von diesem Tage an wird also jeder Steuerzahler, der sich über amtliche Verordnungen unterrichten will, zu einem dieser Kisten begeben. Die „Mönchberg-Helmbrächter Zeitung“ bemerkt sehr richtig hierzu, daß eine solche hinterwäldlerische Einrichtung kaum in einem städtischen Gemeinwesen Existenzberechtigung haben kann. Da der Stadtrat aber trotz seiner vorsinnflutlichen Einrichtung, deren Unterhaltung einen gewissen Apparat erfordert, gewungen sein wird, in eiligen und andern Fällen den Weg der Veröffentlichung durch die Presse zu beschreiten, so kann sich jeder Wochenschiebe einen Begriff davon machen, welche „Ersparnisse“ der Stadtrat von Mönchberg mit seinem rüchtdändigen Gemeindefaselschluß machen wird. Das Schönste an der Sache ist, daß jener Beschluß zur selben Zeit gefaßt wurde, als der gleiche Stadtrat über 1½ Millionen Mark übrig hatte für einen sogenannten Druckapparat, mit dem sich die Stadtverwaltung zukünftig ihre kleinen Drucksachen selbst herstellen will. Es geht doch nichts über „fortschrittliche“ Stadtväter!

Briefkasten

K. P. in M.: Ihre „neugierige Frage“ sei dahin beantwortet, daß Fabulieren nicht gut tut; die Anfragen haben sich nämlich durchaus nicht passiv verhalten in der Sache; auch der „Korr.“ nicht. — **U. B. in G.:** Wollen sehen, was sich darüber ausundschaffen läßt. — **D. W. in B.:** Wird ausgenommen. — **M. G. in S.:** Kommt gerade zurecht. Der bewusste Punkt wird auch „zeitweiser“ gestaltet. — **M. R. in D.:** Am Abschlußtage einlaufende Artikel können nicht immer noch von ihrem Schicksal ereilt werden: Aufnahme oder Ablehnung. Unter Bestätigung des Eingangs der Nachschriften möchten wir unsere endgültige Entscheidung auch jetzt noch in der Schwebe halten. — **B. A. in R.:** Das ist ein für den „Korr.“ mehr ablegendes Thema, daher auf Ablehnung erkannt. — **E. S. in E.:** Wir wollen die Verdienste unseres lieben Fremdes Louis Stange vom Beruf und Verband sehr wohl zu schätzen, einen soch ausgebreiteten Bericht über sein Berufs-jubiläum können wir aber nicht bringen, nicht einmal eine Zeile. Die vielen Jubiläumssachen haben auf der Leipziger Generalversammlung im vergangenen Jahre zu der Anregung geführt, zwecks Raumerparnis eine Ehrenliste für die Berufs- und Verbands-jubilare im „Korr.“ zu errichten mit nur ganz kurzen Inschriften. Das ist auch durchgeführt. Ein Abweichen davon würde nur zu Konsequenzen führen, bei denen die Redaktion umkommen müßte, d. h. durch Ertrinken in Jubiläumsberichten und in Protokollen der dadurch zu kurz kommenden Mitteilungsblätter mit Verammlungsberichten. Also Freund Louis ist nach Gebühr hochgeehrt worden, und es war sehr schön und sehr kollegial im vollbestehen Saue! — **G. H. in R.:** G. H. in R. in R. — **D. S. in E.:** Das ist keine Sache, die in den „Korr.“ gehört. Wir brauchen das teure Papier nicht nowendiger. — **A. W. S. in B.:** Glauben in nächster Nummer keine Sache unterzubringen. — **M. in U.:** Dasselbe. — **F. B. in L.:** In Leipzig beträgt nach dem letzten Abbau des Gaspreises um 10 M. — ein wahrer Hohn der nach oben immer sehr kräftig rechnenden Stadtverwaltung — die Steuer gegen die Friedenszeit das 600fache. Das ist weiter nichts als eine unverkämte indirekte Steuer, die ein Arbeiter bzw. Buchdrucker einfach nicht mehr aufbringen kann. Ob die Prinzipalität nun nach dem Berliner Ausspruch den Leipziger Rat als Schwärzungen für den „erheblichen Preisrückgang“ aufmarschieren lassen wird, bleibt abzuwarten. Amöglich ist auch das bei den geistig amwoelksten Hellschern nicht. — **L. St. in G.:** Inserat erfordert nach Nachzahlung von 300 M. — **J. P. in Bism.:** 700 M. — **F. S. in Bism.:** 1050 M.

Zur Beachtung! Die am 2. Mai fällige Nr. 45 erscheint der Lohnverhandlung wegen bereits am 1. Mai. Bekanntgaben und Inserate müssen am 28. April in unsere Hände sein.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 20, Chamissoplatz 5 H. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1191
Postfachkonto: Berlin Nr. 1023 87 (W. Schweinly)

1500 Mark beträgt der Verbandsbeitrag in der 17. Vertragswoche (22. 4. bis 28. 4. 1923). Dazu kommen noch die Gau-, Bezirks- und Ortsbeiträge. Aber Verrechnung und Ausnahmen für Gewerkschafts- und Invalidenkassenmitglieder siehe die Bekanntmachung in Nummer 34 des „Korrespondent“.

Gegenseitigkeitsvertrag mit dem Verbands der graphischen Arbeiter Rumäniens

(Zentrale Cluj (Klausenburg))

Zwischen dem Verbands der graphischen Arbeiter Rumäniens (Cluj) und dem Verbands der Deutschen Buchdrucker ist mit Wirkung vom 1. April 1923 ab ein Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen worden. Die Kategorien in den Unterstufungszweigen betragen:

- in der Reiseunterstützung 26 Beiträge,
- in der Ortsunterstützung 52 Beiträge,
- in der Krankenunterstützung 52 Beiträge, von denen 13 Beiträge in Deutschland bzw. Rumänien geleistet sein müssen,
- in der Invalidenunterstützung 520 Beiträge,
- beim Begräbnisgeld 52 Beiträge, doch müssen unmittelbar vorher in Rumänien bzw. Deutschland 3 Beiträge geleistet sein.

Die übrigen Bestimmungen entsprechen den auf internationalen Kongressen getroffenen Vereinbarungen.
Berlin, den 20. April 1923. Der Verbandsvorstand.

Hauptverwaltung. Das Quittungsbuch des auf des Reise befindlichen Sehers Karl F a n n e m a n n (Hauptbuchnummer 91 230, Bayern 6935), soll in Hinstenwalde verlorengegangen sein. Das Buch wird hiermit für ungültig erklärt, ist bei Vorweisung abzunehmen und dem Hauptverwalter einzusenden.

Gau Mittelhessen. Bestehender Differenzen wegen ist die Firma K u e l l e in Rudwigs-hafen a. Rh. (Preisenheim), für Gehilfen gesperrt. — Die Sperrung über die Firma O s t a r J u l i u s S c h i e f e r in Mainz ist aufgehoben. — **Stogau.** Wegen Nichtbezahlung des tariflichen Lohnes befinden sich die Kollegen bei der F r a u s t ä d t e r Firma L. G. B u c h e r im Ausstand. Die Firma zahlte Familienmitgliedern von drei bzw. vier Kindern seit Anfang März einen Hungerlohn von 1.000 M., vergrößerte aber in keiner Schicksalsgemeinschaft ihren Betrieb durch Anschaffung von neuen Maschinen, Motoren usw. Der Jung wird gewarnt!

Arbeitslosenunterstützung

Gen. (M.). Das Verkehrslokal für Durchreisende ist (auf dem neuen Verkehrsplan wiederum falsch) im „Wahhaus zum Adler“, Hospitalstraße 21.

Verammlungskalender

Berlin. Korrektorenversammlung Sonntag, den 29. April, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexanderinenstraße 44.

Dresden. Außerordentliche Mitgliederversammlung Mittwoch, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Vollsaales“, Ribbenbergstraße 2. — Korrektorenversammlung Sonntagabend, den 29. April abends 7 1/2 Uhr, im „Raubhahnhof“, Raubhahnhofstraße 23.

Zentralkommission der Drucker

Den verehrlichen Vorständen zur Kenntnisnahme die Nachricht, daß die für Pfingsten d. J. nach Eisenach einberufene Konferenz der Kreisvorsitzenden nicht stattfinden.

Anzeigengebühr: Die sechsspaltige Seite 50 Mark für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen, sonstige Anzeigen 250 Mark. Rabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmefrist: Montag und Donnerstag mit erster Postbestellung für die jeweilig nächstfolgende Nummer. Kleinere Einzelanzeigen nur mittels Postsendezahlung.

„Was man wissen muß“.

Man darf sagen: Hier ist eine Lösung des schwierigen Problems, Bildungstoff in jugendlichster Form und zu erstaunlich billigem Preis wirklich einmal in weitestem Kreise zu tragen, gesunden. (Frankfurter Zeitung.)

- Jede Nr. in sich abgeschlossen. Preis jezt je 300 M., einschließlich Porto. Bei gemeinsamer Bezug von wenigstens 20 Nrn. (auch gemischt) je 200 M. einschließlich Porto. Je ein Probefest der nachfolgenden 6 Nummern für die Leser dieses Blattes zusammen für 1000 Mark einschließlich Porto. Dieserbar sind noch: Nr. 12. „Amerika-Nr.“ Von Kapitän Paul Köning (mit Abbildungen). Nr. 13. „Die Gattarten der Baukunst, Plastik u. Malerei.“ Von Dr. C. von Sydow (mit Abbildungen). Nr. 14. „Die Wunder der Technik.“ Von Ingenieur R. Beckers (mit Abbildungen). Nr. 15. „Wetterkunde.“ Von Studienrat Dr. Robert Stein (mit Abbildungen). Nr. 16. „Eternkunde.“ Von Professor Dr. Kurt Krause (mit Abbildungen).

Selbstunterrichts- Werke

- zur Erlern. fremder Sprachen nach den bewährten Methoden. Neu u. antiquarisch. Ant. 20 bis 60 Proq. billiger als neu. Antiquarisch in vollständ., sehr guterhalt. Exemplaren zur Zeit lieferbar (die in Klammern beigegebenen Zahlen sind mit 1000 zu multiplizieren und geben dann, einschließlich der zu Gaspey, Jügel, Schilling usw. gehörigen „Schlüssel“, den augenblicklichen Preis in Mark an): Englisch: Methode Gaspey (12), Jügel (12), Langenscheidt (55), Soewe (16), Mentor (26), Rosenkhal (18), Küstin (40), Schlemann (60). Französisch: Methode Gaspey (10), Langenscheidt (60), Soewe (16), Mentor (40), Rosenkhal (18), Küstin (40), Schlemann (60). Holländisch: Gaspey (10), Hauffer (10), Jügel (12), Langenscheidt (65). Italienisch: Gaspey (10), Hauffer (10), Jügel (12), Langenscheidt (65). Portugiesisch: Gaspey (10), Jügel (14), Langenscheidt (65). Russisch: Gaspey (14), Langenscheidt (60), Rosenkhal (22). Schwedisch: Gaspey (14), Jügel (13), Langenscheidt (65). Spanisch: Gaspey (12), Jügel (18), Langenscheidt (65), Soewe (16), Schilling (14), Schlemann (60). Mein Spezial-Antiquariat wird fortgesetzt auch durch Wörterbücher, Gesprächbücher, Sprachführer, Handelskorrespondenz usw. ergänzt. Anfragen werden nur, wenn mit Rückporto (Karte m. Rückantwort) ver., beantwortet. Versand nur gegen Einzahlung des Betrags mit Zahlskarte oder Nachnahme unter Zuschlag der Spesen. Leipzig-Neudöblich, Johann Schorpp, Postfach 610/47, Büchsenstraße 20.

Sezereifaktor

von südwestdeutscher Druckerei (Zeltung, Zeitschriften, Abzügen und Buchverlag) zum 1. Juli d. J. gesucht.

Herrn mit besten Empfehlungen von angesehenen Firmen werden um schriftliche Bewerbung gebeten. Offerten unter P. M. 160 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M., erbeten.

Maschinenmeister

23 Jahre alt, vertraut in Werk-, Platten- und Walzendruck sowie mit der Zweifelhauptmaschine, sucht Stellung für sofort oder später. Offerten unter Nr. 109 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Handtiegeldruckpresse

mit Schriftmaterial zu kaufen gesucht. Best. Angebote unter D. L. 173 an Rudolf Mosse, Gerak.

Junger, strebsamer Mann

gegenwärtig in ungekündigter Stellung einer Kunstanstalt als Maschinenmeister von Qualitätsarbeit tätig, sucht sich in Druckereikontor zwecks kaufmännischer Ausbildung für sofort oder später zu verändern. Offerten unter Nr. 136 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Einotypseher

durchaus tüchtig und verlässlich am Drehtisch, für Halbschicht in dauernde Stellung gesucht. Nur gutempfohlene Kräfte wollen sich melden. Hofbuchdruckerei Rudolfstadt.

Wir suchen zum baldigen Eintritt einen jungen Seher

mit sehr guten Umgangsform., der sich als Buchdruckerfachmann ausbilden möchte, für Akquisition und Propaganda gegen gutes Gehalt und hohe Provision nach Schönelegener, industriereicher Mittelstadt Nordwestdeutschlands. Offerten unter Nr. 129 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Metteur

für Zeitung und Zeitschriften, Klotter Abzügen-Tabellen- und Inseratenseher, wünscht sich zu verändern. Offerten erbeten an Otto Schmolke, Berlin N 39, Gerichtstraße 61, v. II.

Neuangeleitener Schriftseher

vertraut mit allen Scharpen und Flachstereotypie, sucht Stellung. Kann eventuell am Ziegel und Schnellpresse ausshelfen. Gutes Lehr- und Prüfungszeugnis. Angebote unter Nr. 101 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Russisch!

Erster, tüchtiger russisch-deutsch. Setzer

Metteur, ledig, bewandert in allen Satzarten, welcher die russische Sprache in Wort u. Scheit vollkommen beherrscht, auch perfekt im Polnischen und Hebräischen, sucht Stellung. Ausführliche Angebote an M. Knecht, Lübeck, Sadowastrasse 6, part.

Eine gebrauchte Handpresse (Tiegel), Quartf. v. e. Jugend-Werkgemeinschaft, gef. Abg. m. n. Angab. u. Preis erbittet Paul Kolland, Hamburg 31.

Jeder kann künstlerisch und original schaffen

durch Beachtung der 76 Zeitsätze des in neuer verbefferteter und erweiterter Auflage erschienenen Lehrwerkes „Der Goldene Schnitt im Buchdruckgewerbe“ von Rudolf Engelhardt. Das Werk enthält 280 Seiten Text mit 332 Figuren auf 47 Tafeln und im Text sowie einen Anhang musterergänziger buchgewerblicher Arbeiten und kostet broschiert 7,50 M. x Teuerungszahl des V. W. Verpackung und Porto extra. Verlag Julius Mafer, Leipzig-K., Senefelderstr. 13/17

Albert Müller

wo steckst Du? Gib Antwort Deinem Freunde Gustav Gottsch, Duer 1. W., Pfefferackerstraße 49.

Tätiger Teilhaber

mit größerer oder kl. Einlage, je einer f. Leipzig u. einer f. Erzgebirgsstädchen gesucht, der hauptsächlich imstande ist, kl. Druckerei m. Aufträgen zu versorgen und selbständig auszubauen. Geschmacklich nicht ungebildet, durchaus selbständig und gewissenhaft, mit voller Alleinverantwortung f. jedes Arbeitsstadium. Buchdruckerei H. Heymann, Elbenhof, Mohrenstraße 1.

Sommer-

Stoffe, Covercotstoffe, Marzeno, blauen und bunten Buchst. gibt ab zu Kolonialpreisen in jedem Quantum Frankofertigung. Hamm, Dettingen (Hohenzoll.)

Volksfürsorge

Gewerkschaft, Genossenschaft, Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg 5.

Herrn. Frommelt

zu seinem 50-jährigen Berufsjubiläum die herzlichsten Glück- u. Segenswünsche! Die Kollegen der Spamerischen Buchdruckerei, Leipzig.

Joseph Reuter

aus Bochum, im Alter von 26 Jahren. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Ortsverein Bochum.

Joseph Reuter

im Alter von 26 Jahren. Wir verlieren in ihm ein braves, strebsames Mitglied, zugleich den Schriftführer des Vereins. Möge ihm die Erde leicht sein! Veriaid der Drucker Bezirk aus Bochum.

Diploma zu Vereinsstatistik. Veri. d. B. V. d. Dtsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße 8 III.